

1. Etats für Prävention von HIV und Geschlechtskrankheiten ausbauen

HIV- und STI-Prävention brauchen Kontinuität und spezifische Angebote für verschiedene Zielgruppen. Der HIV-Etat wird 2023 um 75.000,00 € und 2024 um 113.000,00 € gekürzt.

- Werden Sie sich dafür einsetzen, die Kürzung zurückzunehmen und den HIV-Etat in Zukunft in vollem Umfang zu erhalten (1.806 Mio. €) und darüber hinaus bedarfsgerecht auszubauen?

Antwort: Die geplanten Kürzungen der HIV- und STI-Prävention sehen wir äußerst kritisch. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen werden wir uns für den Erhalt der Mittel in der bisherigen Höhe einsetzen. Präventionsarbeit für HIV und STI darf nicht von der Kassenlage abhängig gemacht werden, jede durch Präventionsarbeit verhinderte Ansteckung ist entscheidend für die effektive Eindämmung dieser Infektionskrankheiten und führt zudem zu langfristig deutlich geringeren Kosten für das Gesundheitssystem.

2. Menschen mit HIV vor Diskriminierung schützen

Menschen mit HIV werden nach wie vor strukturell diskriminiert:

- Werden Sie sich dafür einsetzen HIV-Tests bei Einstellung und die Frage nach einer Infektion im Einstellungsgespräch gesetzlich zu verbieten?

- Werden Sie das Merkmal HIV bei allen beamtenrechtlichen Prüfungen abschaffen?

- Setzen Sie sich dafür ein, dass das Merkmal ANST (=ansteckend) bei Menschen mit HIV und Hepatitis aus der polizeilichen Datenbank abgeschafft und vorhandene Vermerke gelöscht werden?

Antwort: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich seit vielen Jahren gegen Diskriminierung von Menschen mit HIV ein. Fragen nach dem HIV Status im Einstellungsgespräch sind uns unserer Sicht bereits jetzt eine mittelbare Benachteiligung im Rahmen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Einem gesetzlichen Verbot stehen wir offen gegenüber, wenn diese Art der Diskriminierung weiter anhält. Vorher wäre ein niedrigschwelliger Ansatz denkbar, z.B. die Sensibilisierung von Arbeitgeber*innen bzw. Branchen, in denen diese Fragen in Einstellungsgesprächen gestellt werden.

Das Merkmal HIV wollen wir in allen beamtenrechtlichen Prüfungen abschaffen. In Rücksprache mit der Polizei werden wir uns dafür einsetzen, das Merkmal ANST zu streichen, bzw. nur noch in ausführlich begründeten Einzelfällen zu nutzen und bestehende Einträge zu löschen.

3. Drogenkonsum entkriminalisieren, Gesundheit schützen

Strafrechtliche Verfolgung von Drogenkonsument*innen schadet deren Gesundheit.

- Wie werden Sie dem entgegenwirken?

- Wie werden Sie Schadensminimierung ausweiten (z.B. Legalisierung des Drugchecking, Substitution, Drogenkonsumräume, Vergabe steriler Konsumutensilien)?

Antwort: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streiten seit ihrer Gründung für eine liberale Drogenpolitik, die Prävention, Verhältnismäßigkeit und Verbraucher*innenschutz in den Mittelpunkt stellt. Daher haben wir auf Bundesebene die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene mit SPD und FDP im Koalitionsvertrag beschlossen. Wir möchten nicht die Drogenkonsument*innen in den Fokus

polizeilicher Ermittlungen nehmen, sondern die organisierten kriminellen Strukturen, die hinter dem Handel mit Drogen stehen.

Drugchecking, Substitution, Drogenkonsumräume und Vergabe steriler Konsumutensilien leisten einen wichtigen Beitrag zur Schadensminimierung, diese Bereiche möchten wir weiter ausbauen. Zudem möchten wir die Prävention und die Aufklärung zu legalen und illegalen Drogen stärken, um Menschen besser vor den schädlichen Auswirkungen von Drogenkonsum zu schützen.

4. Gesundheitsversorgung für Inhaftierte Menschen verbessern

Im Strafvollzug liegen bislang ungenutzte Chancen zur Beendigung von HIV und Hepatitis C (HCV).

- Was werden Sie tun, um die Behandlungen von Infektions- und Suchterkrankungen entsprechend den Standards in Freiheit zu garantieren (z.B. HIV-/HCV-Behandlung, Impfungen, Substitution, Prä-Expositionsprophylaxe)?

- Werden Sie sich für die Vergabe von Konsumutensilien, z. B. sterilen Spritzen, in Haft einsetzen?

Antwort: Eine grundlegende Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht, welches auch in Haft gilt und sichergestellt werden muss. BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN stehen für den Schutz der Menschenrechte ein, dazu gehört ebenfalls eine optimale Behandlung von Infektions- und Suchterkrankungen. Über einen Erlass möchten wir die entsprechenden Behandlungsstandards sicherstellen.

5. Sexarbeit ist Arbeit: Rechte und Absicherung von Sexarbeiter*innen stärken

Es gibt Bestrebungen, Sexarbeit noch stärker zu regulieren oder in die Illegalität zu drängen.

- Was werden Sie tun, um Rechte von Sexarbeiter*innen und soziale Absicherung zu stärken?

- Wie werden Sie Zugänge zu Prävention, Hilfs- und Beratungsangeboten und gesundheitlicher Versorgung sicherstellen?

- Werden Sie sich für eine dauerhafte Finanzierung der Beratungsstellen für Sexarbeit einsetzen?

- Wie stehen Sie zum Nordischen Modell?

Antwort: Wenn Sexarbeit in die Illegalität gedrängt wird, sind Sexarbeiter*innen von erheblichen Nachteilen betroffen, daher ist dies für uns keine vernünftige Option. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass Sexarbeiter*innen auch beim Nordische Modell ihren Kund*innen schutzlos ausgeliefert sind. Wir setzen uns deshalb für eine Entstigmatisierung von Sexarbeit ein, für ein flächendeckendes Angebot an aufsuchenden Hilfen und für Qualifizierungsmaßnahmen, die Frauen unabhängig machen.

6. Frauen mit HIV in Forschung und Beratung sichtbarer machen

Interdisziplinäre Ansätze, vaginale Entbindungen, begleitetes Stillen – gender- und altersspezifische Versorgung von Frauen und Kinder mit HIV konnten bisher nicht in allen Regionen Niedersachsens ausreichend thematisiert werden.

- Werden Sie sich für eine Ausweitung der Mittel für eine Landeskoordination für Frauen und Familien mit HIV einsetzen?

Antwort: Ja, wir werden uns für die Ausweitung der Mittel für eine Landeskoordination für Frauen und Familien mit HIV einsetzen.

7. Medizinische Versorgung für ALLE Menschen

Menschen ohne Aufenthaltspapiere oder Krankenversicherung haben keine Chance auf eine medizinische Versorgung z. B. in Form einer HIV-Therapie oder der Prä-Expositionsprophylaxe (PrEP).

- Wie werden Sie dem entgegenwirken?

Antwort: Unter grüner Regierungsbeteiligung wurde erfolgreich ein Modellprojekt durchgeführt, das für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus mittels eines anonymen Krankenscheins die Kostenübernahme ärztlicher Behandlungen sicherte. SPD und CDU haben dieses Projekt leider beendet. Wir wollen, aufbauend auf den Erfahrungen des Modellprojekts und unabhängig vom Aufenthaltsstatus, einen anonymen Krankenschein flächendeckend für alle Menschen ohne Krankenversicherung in Niedersachsen einführen.

8. Flächendeckend (Schnell-)Testangebote

- Wie werden Sie dafür Sorge tragen, dass Menschen flächendeckend einen Zugang zu anonymen und niedrigschwelligen (Schnell-) Testangeboten haben, auch in ländlichen Regionen?

- Werden Sie Einsendetests fördern?

Antwort: Anonyme und niedrigschwellige Testangebote sind besonders wichtig um unentdeckte Infektionen zu erkennen und Infektionsketten zu durchbrechen. In ländlichen Regionen mangelt es leider an entsprechen Angeboten. Wir möchten daher prüfen, wie Einsendetests gefördert werden können, um die Situation in ländlichen Gebieten zu verbessern.

9. Sicherstellung einer flächendeckenden, qualitativen Versorgung von Menschen mit HIV

Menschen mit HIV müssen Zugang zu medizinischer Versorgung in der Nähe ihres Wohnortes haben. Niemand sollte in Niedersachsen für eine ärztliche Versorgung mehr als 100 Kilometer fahren müssen.

- Wie werden Sie die Versorgung von Menschen mit HIV verbessern?

Antwort: Das Gesundheitssystem in Niedersachsen befindet sich derzeit im Wandel. Kliniken konzentrieren ihre Angebote an großen Standorten, sektorenübergreifende Versorgungsformen schaffen neue Angebote und neue Berufsgruppen, wie bspw. Community Health Nurses oder Physician Assistants können eigenständig in der Primärversorgung eingesetzt werden und insbesondere bei chronischen Krankheiten gibt es mittlerweile viele gute telemedizinische Angebote. In diesem sich wandelnden System muss es selbstverständlich auch eine flächendeckende Versorgung für Menschen mit HIV geben. In Abstimmung mit der AIDS-Hilfe und anderen Akteur*innen wollen wir deshalb die derzeitige Versorgung unter die Lupe nehmen und gemeinsam beraten, wo und wie wir Versorgungslücken am besten schließen können.

10. Verbesserung der Versorgung mit der PrEP (Prä-Expositionsprophylaxe)

In Niedersachsen gibt es aktuell 20 Ärzt*innen, die die PrEP verordnen dürfen – für ein Flächenland wie Niedersachsen zu wenig. So verhindern strukturelle Mängel den Schutz vor HIV.

- Wie werden Sie die flächendeckende, qualitative Versorgung mit der PrEP sicherstellen?

Antwort: Die Prä-Expositionsprophylaxe ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen ein weiterer wichtiger Baustein, mit dem weitere Infektionen verhindert werden können. Denke wäre hier die Schaffung einer Online-Sprechstunde, um Versorgungslücken kurzfristig zu schließen.

11. Selbstbestimmung und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung für trans* und abinäre Personen

- Was werden Sie zum Abbau der Hürden im Bereich der (sexuellen) Gesundheit für trans* und abinäre Personen tun?

- Unterstützen Sie das Selbstbestimmungsgesetz auf Bundesebene?

Antwort: Wir wollen die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung queerer Menschen in allen Lebensphasen stärken und dafür insbesondere auf eine bessere Berücksichtigung der Belange von inter*, trans* und nichtbinären Personen in der medizinischen Ausbildung hinwirken. Bündnis 90/Die GRÜNEN in Niedersachsen unterstützen das Selbstbestimmungsgesetz auf Bundesebene ausdrücklich.

12. Aufklärung über sexuelle Gesundheit bei jungen Menschen verbessern

Um junge Menschen angemessen aufzuklären, wenn sie sexuell aktiv werden, sollten Themen rund um sexuelle Gesundheit und Selbstbestimmung mehr Platz in den Lehrplänen erhalten und zeitgemäßer gestaltet werden. Insbesondere auf dem Land sind Schulen mangels anderer Angebote wie z. B. Aidshilfen oder queere Zentren für Jugendliche die einzige Anlaufstelle.

- Wie werden Sie die Aufklärung von jungen Menschen verbessern?

Antwort: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen setzen sich für eine sensible und auf junge Menschen pädagogisch ausgerichtete Aufklärung mit zeitgemäßen Materialien ein, insbesondere auch mit dem wichtigen Thema Selbstbestimmung und Schutz vor sexueller Gewalt. Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtliche Identität, Unterschiedlichkeit von Körpern und sexuelle bzw. romantische Orientierung, sexuelle Selbstbestimmung und reproduktive Rechte in der Schule angemessen und vorurteilsfrei thematisiert werden, explizit auch außerhalb des Sexualkundeunterrichts.